



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Castor-Blockade 2011 +++ Tim Golke +++ Haushalt +++ Rathausmarkt +++ Wohnen & Mieten +++ Max Liebermann

Gorleben soll leben!

Die Castor-Blockaden 2011 im Wendland – ein persönlicher Bericht

Von Heike Sudmann



Sitzblockade bei Harlingen (Foto: Annett Melzer/www.PubliXviewing.de)

Im Jahr 2011 gab es einige mehr oder weniger neue Erkenntnisse zu Gorleben, die das Licht der großen weiten Welt erblickten:

- Der Untersuchungsausschuss im Bundestag bestätigte, was alle wussten: Gorleben ist mitnichten aufgrund einer besonderen Eignung als mögliches Endlager für Atommüll ausgesucht worden, sondern einzig und allein aus politischen Erwägungen.
- Erhöhte Messwerte rund um das Zwischenlager in Gorleben? Das kann nur an den Messpunkten liegen, deshalb wurden die einfach verlagert – und schon stimmten die Werte wieder.

Die Forderung und Hoffnung, dass unter diesen Bedingungen der Castor-Transport 2011 abgesagt wird, wurden nicht er-

füllt. Vielmehr setzten die Verantwortlichen auf einen späten Termin Ende November, damit möglichst ungemütliches Herbstwetter viele vom Protestieren abhält. Doch dieses Kalikül ist nicht aufgegangen, denn die Gründe für den Protest sind unvermindert stark, wie die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg am 28. November 2011 zu Recht deutlich machte (siehe auch <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/castor-2011>.)

»Der Castor-Transport ist am Ende, wir noch lange nicht!« Ob 23.000 Menschen auf der Großdemo in Dannenberg, 5.000 im Gleisbett bei Harlingen, eine 14-stündige Schienenblockade der Bauern: Der heftige Widerstand gegen diese Atommüll-fuhre habe gute Gründe: »Das Hin- und Herkutschieren von Atommüll hat nichts mit der Lösung des Atommüllproblems

zu tun.« Und der BI-Sprecher Wolfgang Ehmke sagte: »Alle reden von der Rekordzeit, die der Transport für die 1.200 Bahn- und die 20 Straßenkilometer gebraucht hat. Wir reden von den politischen Zielen des Protests. Die vielfältigen Störaktionen, Blockaden und die eindrucksvolle Großdemonstration sind nötig, um unseren Argumenten Gehör zu verschaffen. Aktionen und Argumente gehen Hand in Hand. Wir fordern die Aufgabe Gorleben als Endlagerstandort, denn Gorleben steht für all die Fehler der 70er Jahre, in denen auch das Asse-Desaster seinen Lauf nahm. Wir lehnen faule politische Kompromisse strikt ab. Alle Atomkraftwerke müssen und können sofort stillgelegt werden und die Atommülldebatte muss völlig neu geführt werden.«

Die Gorleben-Gegner gehen davon aus, dass die genehmigten Strahlenwerte am Zaun des Lagers mit der Einlagerung dieser Castoren überschritten werden und dass dieser Transport noch lange nicht der letzte in der Gorleben-Geschichte sein wird: »Wir gehen weiter auf die Straße und mischen uns ein, denn dieser Castor war nicht der letzte, sondern das Letzte... Im Jahr 2014 sollen Castoren mit mittelaktiven Abfällen aus La Hague nach Gorleben rollen, aus der britischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield sollen vier Fuhren mit 21 Castoren folgen.«

In diesem Jahr war ich skeptisch, ob sich nach dem weichgespülten neuerlichen »Atomausstieg« genügend Menschen an den Blockaden beteiligen würden. Hinzu kam, dass viele FreundInnen und Bekannte, mit denen ich in den Vorjahren bei den Demos und Blockaden war, sich aus alter Tradition die Zeit rund um das erste November-Wochenende freigehalten hatten und nun keinen Urlaub mehr nehmen konnten. Um so größer war dann meine Begeisterung, wie viele Menschen sich an den Protesten beteiligt haben. Alle Altersgruppen waren wieder vertreten, im Camp in Hitzacker und bei der Gleisblockade in Harlingen waren vor allem junge Leute in der Mehrzahl. Auch mein 14jähriges Patenkind aus Harlingen war mit ihren Freundinnen das erste Mal dabei. Zusammen mit mehreren hundert Menschen bewegten wir uns gegen 15 Uhr auf die Gleise zu. Trotz Polizeikette und mehrerer berittener PolizistInnen schafften es die ersten auf die Gleise. Schnell sah die Polizeiführung ein, dass (ihr) Widerstand zwecklos war. Ob aus Frust oder zu viel Adrenalin, ein Polizist – geschützt durch seine Uniform und Namenlosigkeit – sprühte trotzdem ohne Vorwarnung meinem Patenkind, das sich mit seinem Vater in die von der Polizei angegebene und genehmigte Richtung bewegte, Pfefferspray ins Gesicht. Schmerz und Schock bei dem Mädchen, Fassungslosigkeit und Wut bei uns anderen. Glücklicherweise waren sofort SanitäterInnen zur Stelle, die sich intensiv um sie kümmerten, ihr immer wieder die Augen ausspülten und schmerzlindernde Tropfen gaben. Schnell war für die 14-Jährige klar, dass sie trotzdem weitermachen würde. Wer sich jetzt fragt, was ein junges Mädchen auf der Demo und Blockade macht, dem/der kann ich nur sagen, was ich auch den PolizistInnen erzählt habe: Sie lebt im Wendland, es geht um ihre Zukunft und Gesundheit, und es ist ihre Gegend, die als Atomklo missbraucht wird. Hut ab vor so viel Bewusstsein und Einsatz!

Die Gleisblockade dauerte bis zum Morgengrauen und verlief überwiegend friedlich. Unglaublich war allerdings, wie die Auflösung der Blockade ablief. Auf einem großen Feld wurden Dixie-Klos aufgestellt und drum herum ein großer Kreis aus hunderten Polizeiautos gebildet – wie im Wilden Westen, es hätte nur noch gefehlt, dass die Autos im Kreis herumfahren. Soweit kam es nicht, dafür wurde eine riesige »GESA« (Gefangensammelstelle) errichtet. Über 1.000 Menschen aus der Blockade wurden hier festgesetzt. Anders als im Vorjahr hat das Amtsgericht Dannenberg immerhin am selben Tag noch festgestellt, dass diese GESA rechtswidrig sei. Zu diesem Zeitpunkt, d.h. am Nachmittag, war der Kessel bzw. die Wagenburg allerdings schon wieder aufgelöst und die letzten DemonstrantInnen freigelassen.

In der Zwischenzeit hatten einige Kilometer weiter in Hitzacker Mitglieder der Bäuerlichen Notgemeinschaft eine Betonpyramide mit vier darin fixierten Menschen auf die Gleise gebracht. Es ist unglaublich, wie die Bauern und Bäuerinnen es jedes Jahr wieder schaffen, an sämtlichen Überwachungen vorbei Pyramiden auf das Gleis oder die Straße zu bringen und Konstruktionen zu errichten, die die Polizei einfach nicht knacken kann. Nach 14 Stunden haben deren TechnikerInnen aufgegeben, sie konnten die Pyramide nicht entfernen, ohne die vier angeketteten Menschen zu verletzen. Die drei Männer und die eine Frau haben sich dann selbst befreit, nicht ohne vorher die Polizei öffentlich verkünden zu lassen, dass sie an der Ingenieurskunst der Bäuerlichen Notgemeinschaft gescheitert ist. Wer schon mal einige Stunden auf der Straße oder den Schienen gesessen bzw. gelegen hat, weiß, welche Anstrengung und Ausdauer es erfordert, 14 Stunden in unbequemer Haltung auszuharren. Hochachtung vor den Männern und Frauen und ihrem ungebrochenen Widerstandsgeist!

Diverse weitere Blockaden haben dazu geführt, dass dieser Castortransport im Vergleich zu den Vorjahren am längsten aufgehalten werden konnte. Das ist ein großer Erfolg, weil dadurch auch der politische Preis erneut in die Höhe getrieben wurde.

Die Endlagersuche muss ernsthaft betrieben werden, Gorleben ist und bleibt ungeeignet als Endlager. Grüne Aufforderungen wie 2001 von Trittin und 2011 von Kretschmann, aufgrund der so genannten Atomausstiegskompromisse nicht mehr zu demonstrieren, waren und sind falsch. Jedes Zugeständnis an die Atomindustrie und jeder Tag, an dem die AKWs laufen, führt letztendlich nur zu mehr Atommüll.



Ende & Anfang

Von Tim Golke



Ein Mandat ist zu Ende, schrieb Joachim Bischoff im letzten BürgerInnenbrief. Für mich dagegen fängt das Mandat an, erlaube ich mir in dieser Ausgabe zu schreiben. Ich heiße Tim Golke, rücke für Joachim in die Bürgerschaft nach und übernehme damit auch das Mandat des Wahlkreises 1.

Ich lebe mit meiner Frau und meinem kleinen Sohn in Hamm und befinde mich in der Schlussphase des Studiums der Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg. Insgesamt studiere ich bereits seit 2001, wobei ich zunächst mit dem Fach Stadtplanung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg begonnen hatte, dieses Studium aber nach sechs Semestern 2004 abbrach und mich dann für das Studium der Rechtswissenschaften entschied.

Hintergrund dieser Entscheidung war, dass ich durch meine Tätigkeit als Servicemitarbeiter in einem großen, in Hamburg ansässigen Kinokonzern und der daraus resultierenden Tätigkeit als stellvertretendes Mitglied des ver.di-Tarifausschusses Kino verstärkt Interesse an arbeitsrechtlichen Fragestellungen entwickelte. Mit den Kolleginnen und Kollegen habe ich in dieser Zeit Streiks in den Hamburger Häusern des Kinokonzerns organisiert und durchgeführt. Dazu kam der Umstand, dass ich mir eine Tätigkeit als Stadtplaner oder Stadtentwickler im Laufe meines Stadtplanungsstudiums immer weniger als zukünftigen Arbeitsplatz vorstellen konnte. Mir ist es wichtiger, einzelnen Menschen konkret bei ihren Problemen zu helfen oder ihnen Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. So ist das rechtswissenschaftliche Studium von mir zwar nie »geliebt« worden, vielmehr ist es notwendiges Mittel meines langfristigen Ziels der Anwaltschaft.

Im Laufe des Studiums, bedingt auch durch meine Tätigkeit als Berater im DGB-Campus-Office Hamburg, entwickelte

sich dann meine Vorliebe für das Sozial- und Sozialversicherungsrecht, das schließlich auch mein Studienschwerpunkt wurde. Mit verschiedenen Themen (u.a. Hartz IV, Erwerbsminderungsrenten, Behinderte) war ich zuletzt als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einer Hamburger Rechtsanwaltskanzlei beschäftigt. Nach dem kurzen Debüt einer für mich schnell nicht mehr tragbaren SPD-Mitgliedschaft bin ich Ende 2009 Mitglied der Partei DIE LINKE geworden und dort vor allem in der Basisorganisation Hamm/Horn/Borgfelde aktiv. Bislang bin ich außerdem ständiger Vertreter in der Fraktion der LINKEN im Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort sowie im zugehörigen Unterausschuss für Bausachen gewesen.

In der Hamburgischen Bürgerschaft werde ich vor allem für den Wahlkreis 1, aber auch für die Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklungspolitik sowie die Bereiche Verfassung und Bezirke (mit)zuständig sein. Ich habe die beiden Mitarbeiter und das Abgeordnetenbüro von Joachim Bischoff übernommen, so dass die »gewohnten Ansprechpartner« weiter erhalten bleiben. Erreichbar bin ich also über das Abgeordnetenbüro in der Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg oder über meine Mobilnummer 0171-24 52 585.

Ich habe mich entschlossen, neben der raschen Beendigung meines Studiums – die Klausuren schreibe ich noch im Dezember – ausschließlich als Abgeordneter vorrangig für den Wahlkreis 1 in der Bürgerschaft tätig zu sein. Eine Ableistung des juristischen Referendariats ist für mich nicht mit der vertrauensvollen und umfangreichen Aufgabe eines Abgeordneten in der Hamburgischen Bürgerschaft vereinbar, so dass ich für voraussichtlich noch etwas mehr als drei Jahre als Abgeordneter zur Verfügung stehe.

SPD als Beispiel für soziale Gerechtigkeit?

Von politischer Transparenz in der Haushaltspolitik kann die Rede nicht sein

von Joachim Bischoff



Noch ganz im Zeichen relativ günstiger konjunktureller Rahmenbedingungen (»niedrige« Arbeitslosigkeit, sprudelnde Steuereinnahmen) hat die Bürgerschaft den Doppelhaushalt 2011/2012 verabschiedet. Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion hat in der Debatte sowohl die Forderung der schwarz-grün-gelben Opposition nach vorzeitigem Schuldenabbau als auch das Plädoyer der Linksfraktion, mindestens die Hälfte der Steuermehreinnahmen für Maßnahmen gegen Armut und Arbeitslosigkeit und ein Zukunftsinvestitionsprogramm zu verwenden, in den großen Papierkorb befördert.

Beschlossen wurde stattdessen die Ausrichtung des Doppelhaushalts an der neuen, im Grundgesetz festgelegten Schuldenregelung, die spätestens für 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorschreibt. Um dies zu erreichen, muss die durchschnittliche Rate des Ausgabenzuwachses unter der mittleren Rate des Einnahmewachstums liegen. Die Ausgabenzuwächse der kommenden Jahre sollen dementsprechend – ausgehend vom fortgeschriebenen Haushaltsplan 2010 – auf einen Wert von jährlich durchschnittlich unter einem Prozent begrenzt werden. Die Konsequenz sind Kürzungen bei den Einkommen bei Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, der Abbau von jährlich 250 städtischen Arbeitsplätzen und völlig unzureichende Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur sowie den Wohnungsbau.

Die Steuerschätzung von Mai und November 2011 haben für Hamburg Mehreinnahmen von insgesamt etwa 910 Mio. Euro im Jahr 2011 und von etwa 750 Mio. Euro im Jahr 2012 ergeben; es gibt also einen Spielraum für eine andere, d.h. sozial gerechtere Politik. Die SPD aber will diese Mehreinnahmen ausschließlich zur Schuldentilgung einsetzen. Begründet

wird dies mit dem Hinweis, es handele sich um kurzfristige konjunkturelle Mehreinnahmen, die bei einer mittelfristigen Finanzplanung nicht berücksichtigt werden dürften.

Diese Bewertung ist schon befremdlich. Die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise hat 2009 auch in Hamburg massive Löcher bei den Steuereinnahmen und den öffentlichen Finanzen hinterlassen. Die aktuelle Entwicklung spiegelt eher eine Normalisierung der Einnahmen und keine konjunkturelle Boomentwicklung wider. Da wir für Deutschland in den nächsten Monaten mit einer deutlichen Abschwächung der Konjunktur und der Gefahr des Übergangs in einen Schrumpfungsprozess rechnen müssen, sollte auch in Hamburg eine übermäßige Konsolidierung unterlassen und vor allem auf das Zurückfahren der Investitionen verzichtet werden. Eine solche antizyklische Politik ist im Übrigen von der neuen Schuldenregelung ausdrücklich gefordert.

Auf eine antizyklische Wirtschafts- und Haushaltspolitik will sich der SPD-Senat nicht einlassen. In der Regierungspraxis betreibt er sogar eine noch striktere Haushaltskonsolidierungspolitik als im Haushaltsplan vorgegeben, wie dem Quartalsbericht III/2011 der Finanzbehörde zu entnehmen ist. Danach hat Hamburg in den ersten drei Quartalen 2011 knapp 500 Mio. Euro mehr eingenommen als im Jahr 2010 (bereinigte Gesamteinnahmen). Gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan 2011/2012, der noch von deutlich niedrigeren Steuereinnahmen ausgegangen ist, sind es sogar fast 700 Mio. Euro. Dagegen sind die bereinigten Gesamtausgaben, nimmt man die Tilgung der Wohnungsbauschulden beim Bund in Höhe von 205 Mio. Euro raus, lediglich um etwa 130 Mio. Euro gestiegen, dies vor allem, weil man gegenüber dem

Haushaltsplan beim Personal gespart hat, bei den Sach- und Fachausgaben deutlich unter den eigenen Planziffern geblieben ist und vor allem die Investitionen heruntergefahren hat. Gegenüber den ersten drei Quartalen 2010 wurden für Investitionen 80 Mio. Euro weniger ausgegeben. Gegenüber dem eigenen Plan fehlen knapp 100 Mio. Euro. In diesen Zusammenhang passt, dass auch die der Wohnungsbaukreditanstalt zur Wohnungsbauförderung gewährten Schuldendiensthilfen unter dem Niveau von 2010 liegen und selbst gegenüber der eigenen Planung hinterherhinken. Unterm Strich ergibt sich (unter Herausrechnung der Zahlung an den Bund) ein Finanzierungssaldo von -272,3 Mio. Euro (Betriebshaushalt: +169,3; Investitionshaushalt: -41,7) – das sind 350 Mio. Euro weniger als im Jahr 2011.

Zur Finanzierung des Defizits und für die Begleichung der Schuld gegenüber dem Bund (205 Mio. Euro) wurden 120

Mio. Euro aufgebracht. Zum Ausgleich der Differenz von 345 Mio. Euro können die allgemeine Rücklage (geplant für 2011: 1.071 Mio. Euro) und das Sondervermögen Konjunkturstabilisierungsfonds (Plan: 650 Mio. Euro) in Anspruch genommen werden. Auf beide Positionen wurde bisher noch nicht haushaltswirksam zugegriffen. Da die konjunkturelle Entwicklung und damit die Steuereinnahmen nach wie vor günstig sind, kann davon ausgegangen werden, dass der Finanzierungssaldo selbst unter Einrechnung des geplanten Zuschusses an den Hamburgischen Versorgungsfonds (207 Mio. Euro) bzw. das Sondervermögen Hafen und Stadt per Jahresende in der Größenordnung von 700-800 Mio. Euro liegen wird, und damit deutlich niedriger als in der Haushaltsplanung (-1,4 Mrd. Euro) vorgesehen.

Dem Finanzbericht ist aber auch zu entnehmen, dass die Schulden der Stadt (ohne Wohnungsbaukreditanstalt und die

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Eine aus dem Jahre 2010 stammende, aber immer noch interessante Studie der Prognos AG über den **Wohnungsmangel in Deutschland. Auswirkungen und Ansätze zur Überwindung** sei hier empfohlen (www.prognos.com/fileadmin/pdf/publikationsdatenbank/20100317_Wohnungsmangel_DGfM_Endbericht.pdf).

Christiane Schneiders **Newsletter Innen- und Justizpolitik** informiert über die parlamentarische Arbeit der LINKEN in den Bereichen Grundrechte und Demokratie. In der Ausgabe vom 1. Dezember geht es u.a. um Neo-nazi-Terror, Jugendkriminalität, Datenschutz, Abschiebung von Roma, Schultrojaner und die Transparenzgesetz-Initiative (anmelden unter newsletter@linksfraktion-hamburg.de).

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Zeitschrift »Sozial.Geschichte Online« informieren am **Dienstag, den 6.12.**, um 19:00 Uhr im Gängeviertel (Valentinskamp) über **Griechenland: Krise, Proteste, Perspektiven** (mit Karl Heinz Roth, Theodor Paraskevopoulos aus Athen sowie Dimitris Kritidis aus Hannover).

Um **Krise ohne Konflikt?** geht es am **Mittwoch, den 7.12.**, um 18:30 Uhr im Georg-Asmussen-Haus (Böckmannstraße 3). Richard Detje (Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«) versucht aufzuhellen, warum in großen Teilen Europas die Beschäftigten auf der Straße sind, während sie in Deutschland in den Betrieben bleiben.

Mit der Stadt als Rüstungsexporteur setzt sich **am gleichen Tag um 19:00 Uhr** und am selben Ort Jan van Aken, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, auseinander: **Made in Hamburg – tödlich weltweit**. Thema ist der Zusammenhang von Rüstungswahn und Wirtschaft.

Der von Heike Sudmann eingerichtete **Arbeitskreis Verkehr im Hamburger Süden** beschäftigt sich am **Donnerstag, den 8.12.**, 19:30 Uhr, im Fraktionsbüro (Bucerusstraße 2) mit Entwicklungen aus Veddelers Sicht. Das Treffen richtet sich vor allem an MandatsträgerInnen der LINKEN aus den Bezirken Harburg und Mitte.

Am **Samstag, den 17.12.**, wird den ganzen Tag über an verschiedenen Orten **Access Hamburg** gestaltet – mit Kundgebungen gegen Vertreibungspolitik und originellen Aktionen gegen steigende Mieten, initiiert aus dem Umfeld von »Flora bleibt!« und des Netzwerks Recht auf Stadt. Um **15:00 Uhr** findet eine Kundgebung auf dem **Hachmannplatz** gegen die Schreibersche Verdrängungspolitik statt und um **16:00 Uhr** heißt es in der **City** dann **Hells Bells** gegen Mietenwahnsinn – es wird auf die Töpfe geschlagen.

Ende November konnte der vom Gängeviertel e.V. betriebene **Leerstandsmelder** den ersten Geburtstag feiern. Unter www.leerstandsmelder.de sind aktuell 527 leer stehende Wohn- und Büroräume verzeichnet. Außerdem ist die zweite Ausgabe der Initiativenzeitung **verstärker** erschienen (in einschlägigen Szeneläden oder im Netz unter <http://agmieten.wordpress.com/>)

diversen Schattenhaushalte und Sondervermögen) trotz der defizitären Haushaltssituation von 23,8 Mrd. Euro am Jahresanfang auf 22,8 Mrd. Euro bis Ende September, also um 970 Mio. Euro gesunken sind. Nach Abzug der Tilgung der Wohnungsbauschulden beim Bund in Höhe von 205 Mio. Euro bleiben 765 Mio. Euro Schuldenabbau, die erklärungsbedürftig sind.

Dass der Senat den gewonnenen finanzpolitischen Spielraum auch nutzt, um im Bereich der Sondervermögen und Schattenhaushalte aufzuräumen, ist ökonomisch und politisch sinnvoll. Der Hamburgische Versorgungsfonds braucht Zuschüsse, weil er durch das Debakel bei der HSH Nordbank finanziell ausgeblutet ist. Auch beim Sondervermögen Hafen und Stadt besteht dringender Handlungsbedarf. Die Stadt hat viel Geld in die Hafencity investiert, wie viel, wurde aber immer im Dunkeln gelassen. Hier müsste zunächst einmal Transparenz geschaffen und Bilanz gezogen werden. Wie hoch sind die bisher entstandenen Kosten für die Stadt und was droht an weiterem Abschreibungsbedarf?

Stattdessen haben Senat und SPD-Mehrheitsfraktion ohne jede Debatte kurz vor der entscheidenden Bürgerschaftssitzung einen Antrag aus der Tasche gezogen, in den Doppelhaushalt 2011/2012 insgesamt 457 Mio. Euro zur Entschuldung des Sondervermögens Hafen und Stadt einzustellen, Mittel, die eigentlich zur Sanierung des Hamburger Versorgungsfonds (HVF) vorgesehen waren. Dieses undemokratische Verfahren passt ganz und gar zu dem ja einst von der SPD unter Voscherau auf den Weg gebrachten Mega-Projekt Hafencity. Vorbei an den parlamentarischen Gremien und an der Öffentlichkeit wurde hier geplant und viel Geld ausgegeben. Nun sollen die BürgerInnen möglichst nicht merken, wie viele Steuergelder für diesen »Leuchtturm«, zu dem ja auch die Elbphilharmonie gehört, tatsächlich verprasst wurden.

Im SPD-Antrag heißt es: »Bislang war vorgesehen, die für 2011 und für die Folgejahre erwarteten höheren Steuereinnahmen zu nutzen, um ein 710-Mio.-Euro-Defizit im Hamburgischen Versorgungsfonds AöR auszugleichen, das durch die HSH-Nordbank-Krise entstanden ist. Da der Fonds erst ab 2014 auf diese Mittel angewiesen ist, erscheint es nach den aktuellen Erkenntnissen zum Sondervermögen Stadt und Hafen dringender, zunächst die bilanzielle Entschuldung und angemessene Eigenkapitalausstattung des Sondervermögens Stadt und Hafen vorzunehmen. (...) Im Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 wird der Titel 9590.614.01 »Zuweisung an das Sondervermögen Stadt und Hafen« mit einem Ansatz in Höhe von 207 Mio. Euro in 2011 und mit einem Ansatz von 250 Mio. Euro in 2012 eingerichtet.«

Ohne Beratung und ohne Bilanzierung der Fehlentwicklung der Hafencity wird die absolute Mehrheit genutzt, um eine Fehlentwicklung zu beseitigen.

Die Prioritätensetzung der SPD wird noch deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass die blitzartige Verschiebung von 457 Mio. Euro in die Sanierung der Hafencity zusammengeht mit der Einrichtung eines »Überbrückungsfonds« für bezirkliche Stadtteilarbeit von gerade einmal 500.000 Euro pro Jahr. Die Sozialdemokratie hat nach eigener Einschätzung, alles

versucht, um die Kürzungen im Bereich des Arbeitsmarktes zu kompensieren. Letztlich sei aber die Streichung von tausenden Ein-Euro-Jobs nicht zu verhindern gewesen. Eine Umwandlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse habe man sich nicht leisten können. Damit das Elend sich in Grenzen hält, hat man einen Überbrückungsfonds von 500.000 Euro eingerichtet.

Also: Für die Sanierung des fragwürdigen Immobilienprojektes Hafencity werden im Doppelhaushalt 457 Mio. Euro losgeeist; der Zusammenbruch vieler bezirklicher Dienstleistungsangebote wegen Streichung von Mitteln für den Arbeitsmarkt soll demgegenüber nur mit 500.000 Euro pro Haushaltsjahr überbrückt werden.

Unterm Strich ist der vom SPD-Senat eingeschlagene Kurs der übermäßigen Haushaltskonsolidierung in der Praxis noch rigider als in der Planung. Das wird Hamburg nicht helfen. Anstatt angesichts der drohenden Rezession eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu treiben, streicht der Senat in geradezu fahrlässiger Weise beim Einkommen der städtischen Beschäftigten und baut jährlich 250 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst ab. Er fährt die Investitionen runter und lässt die langzeitarbeitslosen BürgerInnen im Regen stehen. Und auch die angekündigte Großoffensive in Sachen Wohnungsbau findet im Regierungshandeln nicht statt.

Faktisch betreibt der SPD-Senat eine Haushaltspolitik, die in doppelter Hinsicht scheitern muss. Erstens wird sie ihr Ziel der Konsolidierung verfehlen, weil sie durch Ausgabenkürzungen letztlich die regionale Steuerbasis beschädigt. Zweitens, weil die Konsolidierungspolitik zu einer Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen führt. Das Resultat ist die Neuaufgabe eines Sparprogramms mit kurzem Zeithorizont und hohem Volumenvorgaben, das dazu führt, wichtige staatliche Leistungen zu beschädigen.

Die Alternative bestünde erstens darin, die Hälfte der Steuermehreinnahmen (also jeweils ca. 400 Mio. Euro in den Jahren 2011 und 2012) für die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen (einschließlich Sanierung der Schattenhaushalte und Sondervermögen), die andere Hälfte für eine Strukturpolitik und die Milderung von Unterfinanzierung einzusetzen. Im Jahr 2012 könnten diese Mehreinnahmen vor allem für die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie für Bildung, Hochschule, ÖPNV und Wohnungsbau eingesetzt werden. Zudem sollte der Senat die Kürzung der Gehälter und die Stellenkürzungen rückgängig machen.

Zweitens bedarf es zur Bewältigung der Herkulesaufgabe Haushaltssanierung aber auch einer deutlichen Verbesserung der Einnahmen der Stadt. Statt sich aus der Krise der öffentlichen Haushalte herausparen zu wollen, könnte die Erhöhung der Steuersätze ein wichtiger Beitrag zu mehr öffentlichen Investitionen (und damit mehr Wertschöpfung), zur Eindämmung der sozialen Spaltung und zur Begrenzung der öffentlichen Verschuldung leisten. Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer brächte für Hamburg, je nach Ausgestaltung, jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 1-2 Mrd. Euro.

Rathausmarkt: »größer und schöner«?



Ende November stellte die Handelskammer ihre »Zehn-Jahres-Strategie für den Hamburg-Tourismus« vor. Darin spiegelt sich die Politik dieses wirtschaftlichen Interessenverbandes für die kommenden Jahre wider. Vor allem wird in der Studie der Tourismus in all seinen Facetten abgefeiert, der 1999 noch auf 5 Millionen, 2010 aber bereits auf 9 Millionen Übernachtungen kam. Und anvisiert werden bis zum Jahre 2020 rund 18 Millionen. Trägt der Tourismus – wozu gegenwärtig 312 gewerbliche Beherbergungsbetriebe, 530 Reisebüros und 4.582 Gastgewerbeunternehmen zählen – angeblich heute schon zu 6% zum Volkseinkommen bei, so werden solche Steigerungszahlen das Stadtbild verändern.

Das ist auch gewollt: »Hamburgs attraktive touristische Produkte erfahren dynamischen Zuspruch«, heißt es in der Broschüre, »die Stadt genießt hervorragende Sympathiewerte und mit der Elbphilharmonie wird Hamburg internationale Aufmerksamkeit erregen.« Zu den sechs Schlüsselprojekten gehört uriger-, oder besser: bezeichnenderweise auch dieses: »Hamburger Wirtschaft als Erlebnis gestalten«. Event-Tourismus auf der Werft, Bürotristesse beim Versicherungskonzern, aktive Beteiligung am Zuschütten der Löcher in den Straßen? Vieles ist denkbar, aber eines ist klar: Mit der Verbesserung der Situation der Menschen, die nun mal in Hamburg leben, hat das alles wenig, teilweise gar nichts zu tun. Machen wir das an dieser Stelle nur einmal deutlich an den großartigen Plänen für die Umgestaltung des Rathausmarktes.

Die Handelskammer schlägt vor, die durch die Bergstraße führenden Buslinien zu verlegen und eine Vollsperrung für kaum noch hier fahrende Autos zu verhängen. Sämtliche Pavillons und Bäume am Nordrand sollen verschwinden, dafür gegebenenfalls Außenplätze für Restaurants und Cafés entstehen (im Zusammenhang mit den benachbarten Häusern?). Zudem soll ein Denkmal oder ein Brunnen als neuer Blickfang erhalten, und nicht zuletzt wird an ein »vierdimensionales Kino« gedacht. Die Millionen, die das alles kosten würde, werden sicherheitshalber gar nicht offen gehandelt.

Satte 38,5 Millionen hat jedenfalls der jetzige Platz bei seiner Herrichtung 1982 gekostet. Wie viel Mittel würde eine aufwändige Neugestaltung verschlingen, ohne dass für die Menschen vor Ort ein größerer Nutzen, ein erkennbarer Vorteil daraus resultiert? Unabhängig davon, dass der Platz vielleicht einmal in weiterer Zukunft Veränderungsbedarf hätte

und genügend Geld zur Verfügung stände, haben wir in unserer Stadt gegenwärtig und in nächster Zeit sicher ganz andere Sorgen und Nöte. Öffentliche Mittel sind vor allem für die Finanzierung des geförderten Wohnungsbaus und den Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur vonnöten, anstatt immer neue Leuchtturmprojekte (und sei es einen schick oder gar clean gemachten Rathausmarkt) zu entwickeln. Gerade vor dem Hintergrund der neuen Bevölkerungsprognosen, die ein Wachstum der Stadt von rund 100.000 Menschen in den kommenden 20 Jahren voraussagen, sollten die finanziellen Möglichkeiten für wirklich wichtige Projekte gebündelt werden.

Einmal mehr geriert sich die Handelskammer mit diesen Plänen als Stadtplanungsabteilung der Freien und Hansestadt Hamburg. Ausgerechnet den Rathausmarkt, das zumindest vom Anspruch her urbanste Aushängeschild einer Metropole, will die Wirtschaftslobby ihren Interessen gemäß umgestalten. Der SPD-Senat wäre gut beraten, sich einmal nicht lieb Kind bei der Wirtschaft zu machen und die Pläne bis auf Weiteres in den Schubladen verschwinden zu lassen.

Eine (viel) später vielleicht einmal anstehende Umgestaltung des Rathausmarktes sollte sich zudem vor allem an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen unserer Stadt orientieren. Es ist kaum anzunehmen, dass die Vorstellungen der Bevölkerung mit den tourismus-likes Ideen der Handelskammer harmonieren. So lieben die HamburgerInnen ihre Bäume, wollen Plätze, die auch Aufenthaltsmöglichkeiten ohne Verzehrzwang bieten. Stadtentwicklungspolitik darf nicht unter derart offensichtlichen wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben werden und zu einem Spielball der Handelskammer verkommen. Vielmehr geht es darum, das Recht der Menschen auf ihre Stadt zu gestalten.

Zu der Absicht der Wirtschaftslobby, Hamburg noch mehr zum Tourismus- und Event-Ort umzumodeln, passt im Übrigen auch ein Filmchen, das offenbar in kurioser Zusammenarbeit von NDR und Handelskammer entstanden ist. Man muss sich das knapp halbstündige Werk »Hamburg 2030« einmal im Netz anschauen (unter http://www.youtube.com/watch?v=RcPY7XDVao&feature=player_embedded#), dann bekommt man einen Vorgeschmack auf zukünftige Auseinandersetzungen, wenn es darum geht, die Interessen der Wohnbevölkerung, erst recht derjenigen mit wenig(er) Kohle zu verteidigen.

Reform und Revolution



Mietenwahnsinnsdemo am 29.10.2011 mit mehr als 6.000 TeilnehmerInnen

Allzu viel Positives konnten die bürgerlichen Medien dem Hamburger Landesparteitag der LINKEN am 26./27. November nicht abgewinnen: »Delegierte führen den Vorstand vor« (Mopo, 28.11.), »Linker Parteitag – und keiner geht hin« (Die Welt, 28.11.). Und ganz zu Unrecht sind diese Bewertungen auch nicht erfolgt. Sorgte der Auftaktbeitrag des Parteivorsitzenden Klaus Ernst noch für eine produktive Auseinandersetzung, wurde der Versuch, die Satzung zu verändern, in stundenlangen Geschäftsordnungsanträgen, Verdächtigungen, Grabenkämpfen und mangelnden Mehrheiten zerfleddert. Letztlich musste dieser Tagesordnungspunkt auf einen Sonderparteitag im Frühjahr 2012 verschoben werden.

Die im Vorfeld des Parteitages durchaus kontrovers diskutierte Wohnungs- und Mietpolitik dagegen führt zu einem Beschluss, in dem der Versuch unternommen wird, vermeintlich gegensätzliche oder zumindest unterschiedliche Positionen zusammenzuführen. Der Konflikt entzündete sich auf verschiedenen Veranstaltungen in den Bezirken daran, welchen Stellenwert konkrete, auf die vorliegende Situation abzielende Reformvorschläge haben und wie dies mit dem Charakter einer sozialistischen Partei mit gesellschaftlichen Alternativvorstellungen vereinbar sei.

Beispielhaft kann der Konflikt an einem Antrag der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft veranschaulicht werden. Unter der Überschrift »Schutzschirm für die Mieter/-innen, Mietenspirale stoppen!« sieht der zwischenzeitlich in den Stadtentwicklungsausschuss überwiesene Antrag vor, die Kappungsgrenze (d.h. ab welchem Punkt die betroffenen MieterInnen gegen überzogene Mieterhöhungen bzw. Wucher vorgehen können) zu strecken. Gegenwärtig dürfen Mieten innerhalb von drei Jahren um maximal 20% erhöht werden (was z.B. die SAGA GWG in ihrem aus der Bindung gelaufenen Bestand weitgehend ausschöpft).

Der Antrag der Linksfraktion sieht nun in Anlehnung an eine Berliner Bundesratsinitiative noch aus rot-roten Zeiten vor, dass Mieten innerhalb von vier Jahren um höchstens 15% angehoben werden können. Nicht nur die SAGA-MieterInnen dürften darin eine Entspannung, jedenfalls eine Deckelung der Mietenexplosion erkennen, auch für viele andere Miet-haien ausgesetzte MieterInnen dürfte der (materielle) Vorteil auf der Hand liegen. Zustimmende Äußerungen aus den Reihen der SPD und der GAL lassen darauf hoffen, dass sich tatsächlich etwas in dieser Richtung (erst einmal auf Bundesebene) bewegen könnte – als mögliches, aus unserer Sicht

positives Ergebnis einer Initiative der Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft.

Dieses Ansinnen fand in Teilen der Partei DIE LINKE die schöne Reaktion, dass mit der Streckung der Kappungsgrenze wohl kaum die »Systemfrage« gestellt wäre. Es sei auch von dieser Stelle noch einmal erklärt: Das war auch gar nicht beabsichtigt.

Sehr wohl beabsichtigt aber war und ist, die realen Lebens- und Wohnverhältnisse von Zehntausenden MieterInnen ins Auge zu fassen und keine Möglichkeit auszulassen, deren Situation zu verbessern, allemal in Zeiten des Mietenwahnsinns. Mietenwahnsinn in Hamburg heißt: Schon jetzt fehlen mindestens ca. 40.000 Wohnungen; zudem wird die Stadtbevölkerung bis 2030 jährlich um durchschnittlich um etwa 100.000 BürgerInnen zunehmen. Mit einem Neubau von jährlich 6.000 Wohnungen (darunter vielen hochpreisigen und beim jetzigen Stand von lediglich 1.200 im ersten Förderweg mit Einstiegsmietten ab 5,90 Euro/qm) wird sich das Problem auf längere Zeit nicht vermindern lassen.

Dass die Streckung der Kappungsgrenze noch nicht der demokratische Sozialismus ist und Wohnungen unter den obwaltenden Bedingungen des Kapitalismus unverändert als Ware betrachtet werden, die Rendite abwerfen sollen, bleibt unbestritten. Ebenso wie die Aussage, dass weitreichendere Forderungen, die die kapitalistischen Grund- und Bodenverhältnisse grundlegend in Frage stellen, vonnöten sind. Das eine tun, ohne das andere zu unterlassen, nur so kommt eine vernünftige Strategie zustande. Ob allerdings in der Gegenwart, d.h. unter den Bedingungen der Wohnungsnot und der Mietsteigerungen, mithin des Elends von zigtausenden Haushalten, die Forderungen zur konkreten Verbesserung der Lage der Menschen (Reformen) oder die Propagierung der grundlegenden Systemalternative (Revolution) in den Vordergrund gerückt werden soll, war in der ArbeiterInnenbewegung der letzten 150 Jahre immer wieder unterschiedlich diskutiert und beantwortet worden – und das ist auch heute strittig.

Wir dokumentieren den Beschluss des Landesparteitages und ermuntern die LeserInnen, dazu Stellung zu nehmen.

Für menschenwürdiges Wohnen – Mietpreissteigerungen stoppen!

Resolution des Landesparteitages der Hamburger LINKEN am 27.11.2011

Bezahlbares, menschenwürdiges und gesundes Wohnen ist ein soziales Grundrecht für alle Menschen – ohne Wenn und Aber.

Jedoch: In den vergangenen Jahrzehnten ist die Privatisierung des Wohnungsmarktes einschließlich der Kommerzialisierung der öffentlichen Wohnungsunternehmen politisch massiv vorangetrieben worden. Unter neoliberaler Leitlinie ist »Wohnen« eine Profitquelle geworden statt öffentlich zu garantierendes Menschenrecht. Dies hat erhebliche negative soziale Konsequenzen.

Mietwohnungen wurden und werden insbesondere in den innenstadtnahen Vierteln in atemberaubendem Tempo in Eigentumswohnungen umgewandelt, die für die große Mehrheit der Hamburger Bevölkerung unbezahlbar sind. Der jahrelang betriebene Wohnungsbau nach den Regeln kapitalistischer Marktlogik ist weit hinter den gesellschaftlichen Anforderungen zurückgeblieben und hat damit zur systematischen Verknappung von bezahlbarem Wohnraum und zur Explosion der Mieten geführt.

Aus den besonders »aufgewerteten« innenstadtnahen Wohnlagen wurde so bereits eine große Zahl von Menschen verdrängt, die soziale Spaltung Hamburgs weiter vertieft und räumlich zementiert. Die citynahen Quartiere entwickeln sich zu immer exklusiveren Vierteln der Gut- und Bestverdienenden, in Stadtteilen an der Peripherie konzentrieren sich zunehmend die einkommensarmen und benachteiligten Bevölkerungsschichten.

Damit geht auch eine gestiegene soziale Desintegration von den kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten der Großstadt einher.

Konkret heißt das: Verbliebene Mietwohnungen werden bei Neuvermietung zu einem Quadratmeterpreis von deutlich über 10 Euro nettokalt angeboten, die kein Wohnungs-/Sozialamt übernimmt und auch nur Besserverdienende problemlos zahlen können. Die wenigen neugeschaffenen Mietwohnungen werden zur Zeit zwischen 11 und 17 Euro angeboten.

Anfang November 2011 wurde durch die Veröffentlichung des aktuellen Mietenspiegels die nächste Runde der Mietpreiserhöhungen eingeleitet. Mit durchschnittlich 5,8 Prozent sind die Steigerungen fast doppelt so hoch wie im letzten Mietenspiegel. Doch in vielen Quartieren steigen die Mieten noch schneller. Auch für Hamburger und Hamburgerinnen, die durchschnittlich verdienen, droht das Grundbedürfnis zu wohnen in einen kaum bezahlbaren Luxus verkehrt zu werden.

Zumal der neue Mietenspiegel Vermieterern und Vermieterinnen die Handhabe für noch deutlichere Mieterhöhungen bietet als bislang. Der nächste Mietenspiegel in zwei Jahren wird dann noch weit höhere Mieten ausweisen und noch krassere Preissteigerungen zur Folge haben – es sei denn, die Berechnungsweise des Mietenspiegels wird endlich grundlegend korrigiert. Bisher fließen nur diejenigen Mieten ein, die in den vorausgegangenen vier Jahren neu vereinbart wurden – d.h.: in den allermeisten Fällen angestiegen sind.

Diese antisoziale Spirale wird zusätzlich dadurch begünstigt, dass die Angaben der VermieterInnen zur Mietpreisentwicklung weitgehend unkontrolliert sind.

Längst müssen die HamburgerInnen im Schnitt fast ein Drittel ihres Einkommens für das Wohnen aufbringen. Wer wenig Geld hat, sogar bis zu 50 Prozent des ohnehin schmalen Einkommens – Tendenz steigend. Dabei ist das Einkommen von fast jedem zweiten Hamburger Haushalt so gering, dass er rechtlich Anspruch auf eine Sozialwohnung hätte.

Doch die seit den 1950er und vor allem in den 70er Jahren noch einmal durch die neuen Großsiedlungen staatlich organisierte Abfederung des Mangels durch sozialen Wohnungsbau mit Mietpreisbindung, die gerade für Menschen mit geringem Einkommen die Anmietung einer Wohnung gewährleistete, ist in den vergangenen Jahren immer weiter zurückgefahren worden. Die Folge: Der Anteil geförderter Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand ist dramatisch rückläufig. Das gilt auch und besonders für SAGA/GWG-Wohnungen.

Auf der anderen Seite ist ein Bestand von ca. 1,4 Millionen Quadratmetern leerstehenden Büroflächen entstanden, die rein rechnerisch ca. 15.000 familiengerechten Wohnungen entsprächen. Besonders skandalös: Der Büroleerstand ist steuerlich absetzbar und wird dadurch vom Steuerzahler noch subventioniert. Gleiches gilt für den Leerstand von Wohnungen.

Kriterien für gesundes Wohnen, wie sie systematisch erstmals in den 1920er Jahren entwickelt wurden (Licht, Luft und Farbe/Grün für die Arbeiterschaft), werden zunehmend durch den Vorrang der Renditeerwartung ersetzt.

Alle anderen Bürgerschafts- und Bundestagsparteien haben mit großer Bereitwilligkeit Schutzschirme für Banken und private Investoren aufgespannt und mit dieser Politik die sozialen Widersprüche weiter verschärft. Demgegenüber ist es an der Zeit, dass es für die Mehrheit der Bevölkerung einen Schutz vor der drohenden wohnungspolitischen und sozialen Katastrophe gibt.

Wir fordern daher:

- Die Wohnungen und Mieten müssen dem kapitalistischen Verwertungsprozess entzogen werden.
- Bei Wohnungsneubau muss ein Anteil von 50 Prozent Sozialwohnungen realisiert werden, abzusichern durch zwingend verpflichtende städtebauliche Verträge. Das heißt: Es müssen jährlich mindestens 4000 Sozialwohnungen bei einem Gesamtneubauvolumen von mindestens 8000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden.
- Die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA/GWG muss auf diese Ziele verpflichtet werden, in enger Kooperation mit den Genossenschaften, die weiterhin gemeinnützige Ziele verfolgen. Etwaige »Gewinne« der SAGA/GWG sind ausschließlich zum Bau von Sozialwohnungen zu nutzen.
- Städtische Flächen sollten nicht verkauft, sondern nach den Regeln des Erbbaurechts vergeben werden.
- Unbefristete Mietpreisbindung von Sozialwohnungen wie in Wien und gesetzliche Mietobergrenzen für Neuvermietungen, die an die Entwicklung der Masseneinkommen gekoppelt sind (maximal 30 Prozent der durchschnittlichen Einkommen).
- Aufnahme der unverändert gebliebenen Bestandsmieten in die Berechnungsgrundlage des Mietenspiegels und Möglichkeit der Datenkontrolle z.B. durch MieterInnenverbände.
- Die steuerliche Absetzbarkeit von leerstehendem Büro- und Wohnraum muss abgeschafft werden. Die gesetzliche Frist für Leerstand muss von 6 auf 3 Monate verkürzt werden. Schlupflöcher zur Verschleierung von Leerstand müssen gestopft und die Möglichkeit der Zwangsbelegung durch die Bezirksämter eingeführt werden.
- Die Möglichkeit der Umwandlung von leerstehenden Büroflächen muss systematisch überprüft werden. Die Umwandlung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss ggf. erzwungen werden, auch durch Enteignung als Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot.
- Mietpreisstopp für den öffentlichen Wohnungssektor (SAGA/GWG).
- Mieterhöhungen auf Grund von energetischer Sanierung und Modernisierung müssen einer Mietendeckelung unterliegen. Soziale und ökologische Umgestaltung des Mietenspiegels, bis dahin seine Aussetzung.
- Soziale Erhaltensatzungen für Stadtteile, die von Verdrängungsprozessen bedroht sind.
- Die LINKE begrüßt und unterstützt den Protest von MieterInnen, Vereinen und Initiativen gegen Mietwucher, Willkür und Verwahrlosung von Häusern und Wohnungen durch die Vermieter. Wir beteiligen uns an Bündnissen und außerparlamentarischen Aktivitäten und tragen den Protest auch ins Parlament.



Kulturtipp: Wegbereiter der Moderne



Max Liebermann: Die Netzflickerinnen

Ein trüber Monat Dezember, die Hektik in den Einkaufsstraßen, all das ist für viele ein guter Anlass, bisweilen die Stätten der Kunst aufzusuchen. Auch wenn die Ausstellung »Max Liebermann. Wegbereiter der Moderne« schon seit einigen Wochen läuft, sei an dieser Stelle – nach eigener Erkundung – doch noch ein Besuch in der Galerie der Gegenwart der Hamburger Kunsthalle (Glockengießerwall) empfohlen.

Als Sohn einer jüdischen Industriellen-Familie war Max Liebermann (1847–1935) der Bruch mit der klassischen Malerei nicht unbedingt in die Wiege gelegt, noch weniger die künstlerische Auseinandersetzung mit den arbeitenden Menschen des Volkes. Nicht wenige der insgesamt rund 100 ausgestellten Werke haben das zumeist ländliche Leben von Bauern und Bäuerinnen oder auch FischerInnen zum Gegenstand. Die Palette der Motive reicht von der Kartoffelernte über Nähschulen bis zum Gänserupfen. Berühmt sind z.B. die Gemälde »Flachsscheuer in Laren« und »Netzflickerinnen«. Die Ausstellung veranschaulicht an verschiedenen Beispielen, auf welche z.T. gehässigen Vorurteile und ablehnenden Bewertungen der impressionistische Maler in den 1880er Jahren noch stieß. Doch in der Kunstwelt setzte er sich durch,

wurde zum Präsidenten der bahnbrechenden Berliner Secession gewählt und stand von 1920 bis zum erzwungenen Rücktritt 1933 der Preußischen Akademie der Künste vor.

Die umfangreiche Ausstellung, bestückt aus zahlreichen internationalen Leihgaben, vermittelt einen guten Überblick über das Gesamtwerk eines der bedeutendsten deutschen Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts. Besonders bemerkenswert ist dabei nicht zuletzt ein Raum, in dem die Maltechnik des Impressionisten haarklein gezeigt wird. Und ebenso interessant sind die Dokumente, die den Umgang der Nazis mit Liebermann verdeutlichen. Es war schließlich nicht ganz einfach, einen damals schon weltberühmten Maler in der Versenkung verschwinden zu lassen.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 19. Februar 2012, die Kunsthalle ist dienstags bis sonntags von 10:00 bis 18:00 Uhr, donnerstags bis 21:00 Uhr geöffnet. Einziger Wermutstropfen ist der hohe Eintrittspreis von 12 Euro. Aber es gibt einen ermäßigten Eintritt von 5 Euro, eine Familienkarte kostet 16 Euro und freitags zahlen SeniorInnen ab 65 Jahren 10 Euro inklusive Kaffee und Kuchen.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu meinen Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.